

Die politischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland

Timo Grunden | Maximilian Janetzki | Julian Salandi

Die SPD

Anamnese einer Partei



Nomos

Schriftenreihe
Die politischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland

Herausgegeben von

Univ.-Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte
NRW School of Governance
Universität Duisburg-Essen

Timo Grunden | Maximilian Janetzki
Julian Salandi

Die SPD

Anamnese einer Partei



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8329-5362-1 (Print)

ISBN 978-3-8452-3921-7 (ePDF)

Redaktion:

Dr. Niko Switek (NRW School of Governance, Universität Duisburg-Essen)

1. Auflage 2017

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2017. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort des Herausgebers

Im Zentrum der Reihe „Die politischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland“ stehen für jede der sechs im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien die Innansichten der Macht: die machtpolitische Architektur der innerparteilichen Demokratie. Die Buchreihe zeichnet sich durch eine systematische Darstellung der Wirkungsgeschichte, der internen Entscheidungsprozesse und der strategischen Entwicklungspotentiale der CDU, der SPD, der CSU, der FDP, von Bündnis 90/Die Grünen und der Partei „Die Linke“ aus. Damit geht die Reihe weit über andere Publikationen zur Parteiendemokratie hinaus, die sich vor allem auf historische oder soziologische Darstellungen konzentrieren. Interne Entscheidungsprozesse sind bisher kaum untersucht worden. Zudem arbeiten die einzelnen Bände die strategischen Potentiale der Parteien heraus: Die Autoren erforschen Wählerpotentiale, Bündnispartner und programmatische Entwicklungstrends der Parteien.

Dabei besteht in jedem Band ausreichend Platz, um auf spezifische Charakteristika der einzelnen Parteien einzugehen. Davon machen die beteiligten Parteienforscher rege Gebrauch und prägen mit eigenen individuellen Begriffsbildungen ihren spezifischen Blick auf die jeweilige Partei. Um jedoch den Reihencharakter zu betonen und die Vergleichbarkeit aller Bände herzustellen, folgt jeder Band der gleichen Grobgliederung. Nur so kann für die Leser der Reihe der Gesamtzusammenhang dokumentiert und Widererkennungseffekte gestärkt werden.

Historische Wurzeln, programmatische Entwicklung und Regierungstätigkeit

Jeder Band erforscht einleitend die historischen Wurzeln der Partei und die gesellschaftlichen Konfliktlinien, durch die sich die Partei im Parteiensystem etablieren konnte. Ferner werden programmatischen Veränderungen und Kontinuitäten des Profils der Partei in den vergangenen Jahrzehnten aufgearbeitet. Dazu werden die inhaltlichen Schwerpunkte der Regierungszeiten und innerparteiliche Reformvorhaben der Parteien vorgestellt.

Organisationsstruktur und interne Entscheidungsprozesse

Die Frage nach der formalen und informellen Organisation der internen Entscheidungsprozesse wird in diesem Kapitel, welches das innovative Forschungszentrum in jedem einzelnen Band bildet, beantwortet. Dazu rücken die internen Machtzentren der Partei in den Vordergrund. Die Autoren arbeiten die Konflikte und Konfliktregulierungsmuster in Oppositions-, wie auch in Regierungszeiten durch einen dezidierten Blick auf die mikropolitischen Prozesse innerhalb der Parteiorganisation auf.

Wählerpotentiale und strategische Optionen

Im dritten Teil jedes einzelnen Bandes begeben sich die Autoren auf die Suche nach Wählern und Mitgliedern der Parteien. Dazu werden parteinahe Milieus bzw. die Konflikte fokussiert, die die gesellschaftliche Verankerung der jeweiligen Partei verbürgen. Ferner wird der Blick auch auf die parlamentarischen und außerparlamentarischen Bündnispartner der Partei gerichtet. Dazu werden Antworten auf Fragen nach Erfolgsaussichten und dem strategisches Potential der jeweiligen Partei in der Zukunft formuliert. Auch wird die These eines Typologiewandels der Parteien diskutiert: Handelt es sich im Falle der deutschen Parteiendemokratie demnach nicht mehr um Volks- bzw. Klientelparteien, sondern um Wähler- oder gar Kartellparteien?

Mein Dank gilt den Autoren, die sich auf die gewünschte Spurensuche eingelassen haben. Die Idee zur Reihe stieß von Beginn an auf große Resonanz beim Nomos Verlag, dem ich ebenso danken möchte.

Univ.-Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte
NRW School of Governance
Universität Duisburg-Essen

Inhaltsverzeichnis

Problemaufriss: Die SPD – Evolution einer Partei	11
<i>Timo Grunden</i>	
1.1 Die Irritation: 150 Jahre	11
1.2 Zur Evolution einer Partei	14
1.3 Die ewige Krise als erfolgreiche Anpassung?	18
2. Historische Wurzeln und programmatische Entwicklung	25
<i>Timo Grunden</i>	
2.1 Quellen sozialdemokratischer Organisationslegitimität	25
2.2 Entwicklungsphasen der sozialdemokratischen Parteiorganisation	47
3. Organisationsstruktur und innerparteiliche Willensbildung	64
<i>Julian Salandi</i>	
3.1 Formale und informelle Organisationsstruktur der SPD	65
3.1.1 Formale Parteistruktur	65
Formale Autarkie der Untergliederungen	67
Gremien der innerparteilichen Willensbildung	68
Parteiführung	72
Finanzierung der Partei	73
3.1.2 Informelle Strukturen	74
Führungszentrum an der Spitze	75
Fluides Machtzentrum um die Parteispitze	76
Spitzenfunktionäre gegen Funktionäre	79
Form follows function: Neue Gesichter der SPD	81
Unüberwindbare, leitende Funktionärsschicht	82
3.1.3 Parteiflügel und Vorfeldorganisationen – Integration als Erfolgsgarant	83
Aus Interesse wird Prinzip – von den Jusos in die Parteiflügel	85

Rechter Parteiflügel	88
Linker Parteiflügel	90
Wechselnde Vormachtstellung der Parteiflügel	91
Dritter Flügel: Netzwerk Berlin	93
Neuausrichtung und Bedeutungsverlust der Parteiflügel	94
3.2 Parteimitglieder	98
3.3 Innerparteiliche Willensbildung – Die SPD als moderne Mitmach- und elitengeführte Regierungspartei	114
3.3.1 „Entsozialdemokratisierung“ an der Regierung – Die Agenda 2010	115
Alles schon einmal dagewesen? Die Identität als Regierungspartei	118
Vieles ähnlich und doch anders – Schröders Verhältnis zur Partei	119
Langanhaltende Nachwirkungen in der Partei	122
3.3.2 Partei im Organisationsreformmodus seit 2009	122
Nicht erfüllbare Ambitionen	124
Vermeintliche Macht der Mitglieder	125
Öffnung der Partei: Lediglich einen Spalt breit	127
Keine Zentralisierung der Willensbildung	128
3.3.3 Jeder darf mitentscheiden – Mitgliedervotum über den Koalitionsvertrag	129
Vorbereitung der Entscheidung	131
Spiel mit dem Feuer?	132
Unkalkulierbares medial kalkulieren	135
Rosige Zukunft der basisdemokratischen Willensbildung	136
4. Wählerpotenziale und strategische Optionen	138
<i>Maximilian Janetzki</i>	
4.1 Zwischen Erosion des Stammwähler-Klientels und Agenda-Vertrauenskrise - Die SPD zwischen Suche nach ihrer Wählerschaft und Versuchen moderner Wähleransprache	138
4.2 Die SPD auf der Suche nach vergangenen Wahlerfolgen – Die Vermessung der Sozialdemokratie	142

4.3 Die Krise der SPD: Zwischen „Selbstgemachtem Niedergang“ und „Anpassungsprobleme an gesellschaftliche Veränderungen“	155
4.3.1 Der „Dritte Weg“, Agenda-Politik und Popularitätsniedergang – Der Abstieg einer Volkspartei? Zur Bedeutung der Krise für die aktuellen Herausforderungen der SPD	156 158
4.3.2 Die Anforderungen des modernen Politik-Betriebs – Anpassungsprobleme und (bisherige) Strategien Entwicklungen der Wählermärkte und Mediensysteme	161 162
4.4 Wahlkampf aus der Großen Koalition 2009 – Profilierungsherausforderungen als kleinerer Regierungspartner	174
4.5 Volkspartei in der Kommunikations- und Professionalisierungsfalle? – Lehren aus dem Bundestagswahlkampf 2013	182
5. Zehn Herausforderungen für die Bundestagswahl 2017 und zukünftige Wahlkämpfe <i>Maximilian Janetzki</i>	188
6. Quellenverzeichnis	206
6.1 Interviews	206
6.2 Literatur	206
Personenregister	228
Stichwortregister	230

Problemaufriss: Die SPD – Evolution einer Partei

Timo Grunden

1.1 Die Irritation: 150 Jahre

Die Szenerie hält, was das Klischee verspricht. Genauso stellt man sich heute eine sozialdemokratische Ortsvereinssitzung vor: eine Gaststätte in Leipzig mit Biergarten und Veranstaltungssaal. Gerade einmal zehn stimmberechtigte Mitglieder und ein paar geladene Gäste haben sich eingefunden, um über Satzungs- und Personalfragen zu beraten. Mit diesem Grüppchen zieht die neue Zeit? Der Gedanke überfordert nun wahrlich jede Vorstellungskraft. Und doch: 150 Jahre und drei Monate später ist die kleine Versammlung vom 23. Mai 1863 der Anlass für eine Jubiläumsparty vor dem Brandenburger Tor, an der über zwei Tage hinweg fast eine halbe Millionen Menschen teilnehmen. Sie feiern den Tag, an dem zehn Delegierte den „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ gründen und Ferdinand Lassalle mit neun zu eins Stimmen zu ihrem Präsidenten wählen. Es ist der Tag, an dem Lassalle die Ziele einer von „bürgerlicher Protektion“ unabhängigen Arbeiterpartei verkündet und damit die bis heute lodrende Identität der Sozialdemokratie entzündet: Mit Hilfe eines demokratischen Staates sollen die Arbeiter „eine Summe von Bildung, Macht und Freiheit erlangen, die ihnen sämtlich als einzelnen schlechthin unersteiglich wäre.“¹

Es ist der – im Rückblick selbst gewählte – Geburtstag der SPD. Das ist zwar ein wenig geschummelt, denn eigentlich beginnt die Geschichte einer geeinten Arbeiterpartei, die von einer politischen Sekte zur Massenbewegung emporsteigt und schließlich auch zur nationalen Regierungspartei avanciert, erst am 27. Mai 1875 mit der Vereinigung des ADAV mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (gegründet 1869 in Eisenach) zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands in Gotha. Doch darüber kann man hinwegsehen und es macht das Jubiläum nicht weniger eindrucksvoll. Eindrucksvoll sind auch die Festlichkeiten in Berlin, die am Gründungstag selbst mit einer gediegenen Feier samt Bundespräsident, christdemokrati-

1 zit. n. Potthoff/Miller 2002: 34, 417.

scher Kanzlerin und internationalen Staatsgästen eingeleitet werden. Die Medien berichten recht freundlich, allerdings vergisst auch kaum ein Journalist zu erwähnen, dass es für die SPD des Sommers 2013 außer dem Jubiläum nichts zu feiern gibt.

Bei den Bundestagswahlen vier Jahre zuvor war sie auf 23 Prozent der Stimmen hinabgestürzt; das schlechteste Ergebnis bei freien nationalen Wahlen seit 1932. Fünf Wochen nach den Festlichkeiten erreicht sie ein Wahlergebnis von gerade mal 25,6 Prozent der Stimmen; ebenfalls ein Wert, den man bis 2009 nur aus Geschichtsbüchern über die Weimarer Republik kannte. Aber es geht noch schlechter: Bei den Bundestagswahlen vom 24. September 2017 fährt die SPD ein Ergebnis ein, das selbst zu Weimarer Zeiten ein Debakel genannt wird: 20,5 Prozent der Stimmen.

Um einen historischen Vergleichswert für ihre Mitgliederzahl zu finden, muss man sogar noch weiter zurück: Ende 2013 gibt es noch ca. 470.000 Sozialdemokraten, so wenige wie zuletzt im Kaiserreich nach der Jahrhundertwende; damals aber mit deutlich steigender, nicht fallender Tendenz. Die Sozialstruktur der überalterten Mitgliedschaft repräsentiert heute kaum mehr als 40 Prozent der Gesamtgesellschaft.² Der äußere Anblick des Parteilebens in vielen Ortsvereinen hat im Jubiläumsjahr mehr Ähnlichkeit mit jenem Gründungstreffen vom 23. Mai 1863 als mit der lebendigen Basisarbeit vergangener Jahrzehnte. Und angesichts der gerade mal 16 bzw. 18 Prozent der Wahlberechtigten, die sich 2009 und 2013 für die SPD entschieden haben, kann man bezweifeln, ob es sich bei der SPD noch immer um eine „Volkspartei“ handelt. Im Süden und Süd-Osten Deutschlands ist sie es mit Landtagswahlergebnissen zwischen zehn und 18 Prozent im Jahr 2016 nicht mehr.

Wer in der politikwissenschaftlichen Literatur nach den Gründen für diese prekäre Verfassung der Sozialdemokratie sucht, wird nach der Lektüre nicht den Eindruck haben, seine Frage verweise auf ein wissenschaftliches Desiderat. Im Gegenteil: An Erklärungsangeboten herrscht in der Parteienforschung kein Mangel: Aufgrund der Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Milieus, mit entsprechend unterschiedlichen und widersprüchlichen Erwartungen an die Politik, werde es für die SPD immer schwieriger, Programmangebote zu formulieren, über die sich mehrheitssichernde Wählerkoalitionen schmieden ließen. Der Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungs- und „Wissengesellschaft“ fresse sich wie Rost durch ihre einst stabilen und belastbaren Anker in der Gesellschaft, zumal sie als

2 Flügge 2011.

Regierungspartei angesichts von De-Industrialisierung und Globalisierung immer weniger in der Lage sei, ihr Versprechen nach sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit auch einzulösen. Die sozialdemokratische Regierungspolitik seit 1998 habe jedenfalls die ohnehin brüchigen Bindungen an traditionelle Wählermilieus durchtrennt, ohne zu neuen Wählerschichten vorstoßen zu können.³

Dabei bleibt umstritten, ob Letzteres tatsächlich auf die „Transformation“ der SPD in eine „Marktsozialdemokratie“⁴ zurückzuführen ist oder vielmehr nur auf ihren zu späten und inkonsequenten Vollzug.⁵ Die Vertreter beider Positionen eint wiederum die Diagnose, dass die Organisationsrealität der Partei, genauer ihre „vermachteten“ und inflexiblen Entscheidungsstrukturen, für den Verlust gesellschaftlicher Responsivität (mit-)verantwortlich sind. Allerdings wird die Rolle der Responsivitätsverweigerer an unterschiedliche innerparteiliche Faktionen vergeben: je nach Standpunkt an „gesinnungsethische“ bzw. gewerkschaftsnahe „Linke“, die sich offenkundigen Realitäten verweigerten⁶; oder an „Neoliberale“, die sich, weil ebenfalls blind gegenüber gesellschaftlichen Erwartungen, von den normativ-programmatischen Traditionen der Sozialdemokratie entfremdet hätten.⁷

Kurzum: Die SPD – so der zunächst durchaus nachvollziehbare Konsens in Politikwissenschaft und politischer Publizistik – befindet sich in einer „Krise“. Die Analysen der Parteienforschung aus jüngerer Zeit lesen sich wie Anamnesen aus Patientenakten. Auffällig ist dabei weniger, dass sie mit eher pessimistischen Prognosen schließen (das gehört zum guten Ton der Disziplin), sondern dass sie den Beginn der Krankengeschichte immer weiter zurückverlagern. Insbesondere Franz Walter, einer der produktivsten und auch scharfsinnigsten „Biographen“ der SPD, lässt die düstere Zukunft der Partei in ihrer weit zurückliegenden Vergangenheit beginnen. Muten schon die ersten 100 Jahre sozialdemokratischer Geschichte in seiner „SPD-Biographie“⁸ wie eine traurige Aneinanderreihung enttäuschter Hoffnungen und Niederlagen an, so scheint die „Transformation der Sozialdemokratie“⁹ in den letzten vier Jahrzehnten tatsächlich nicht mehr als ein stetes Welken zu sein. Nach der „Zäsur“ von 1973,

3 Walter 2010; Vester/Gehling 2009.

4 Nachtwey 2009; vgl. auch Mielke 2005.

5 Güllner 2011; Sturm 2009: 431-444; Merkel et al. 2006: 154-196.

6 Sturm 2009; Gebauer 2005.

7 Reinhardt 2011.

8 Walter 2009.

9 Walter 2010.

dem Ende des Bretton-Woods-Systems und des Keynesianismus, erleidet die (europäische) Sozialdemokratie einen „Projektverlust“, gerät in die „Sackgasse“ des „Dritten Weges“, irrt durch „Beunruhigende Zustände“ und endet schließlich als „Defekte Partei“ mit „Fragilen Perspektiven“.¹⁰ Dass in diesen Zeitraum nicht nur historische Niederlagen, sondern auch historische Wahlsiege und nicht zuletzt auch Erfolge in der Regierungspolitik fallen, vermag dann als historisches Hintergrundrauschen des Niedergangs keinen Eindruck mehr zu hinterlassen.

Freilich kann niemand mit überzeugenden Argumenten behaupten, dass sich die SPD heute in einer guten Verfassung befände. Doch nach der Lektüre der Analysen Walters und anderer, ähnlich argumentierender Autoren¹¹, drängt sich dann doch unwillkürlich die Frage auf, wie es die SPD überhaupt geschafft hat, über 150 Jahre alt zu werden.

Ja, wie eigentlich?

1.2 Zur Evolution einer Partei

Dieser Frage nachzugehen lohnt sich für das Verständnis der SPD, ihrer Schwächen, Stärken und Chancen, weit mehr als sich ein weiteres Mal über augenfällige Krisenphänomene zu beugen. Die Gegenwart und die Zukunftspotentiale der deutschen Sozialdemokratie lassen sich nur über ihre Geschichtlichkeit begreifen, die noch immer in ihrer Programmatik und Organisation wirksam ist. Nicht Krisendiagnosen oder Niedergangsszenarien, die die Sozialdemokratie übrigens schon seit ihren ersten Tagen begleiten, sollten zunächst das Interesse wecken, sondern die erstaunliche programmatische und institutionelle Kontinuität der Partei. Gewiss, die SPD des Martin Schulz ist im Hinblick auf Programm und Organisation nicht mehr die Partei Willy Brandts (nicht einmal mehr die Partei Gerhard Schröders), und die Partei Brandts war nicht mehr die Partei Kurt Schumachers, schon gar nicht jene August Bebels, die sich in vielerlei Hinsicht vom ADAV des Ferdinand Lassalle unterschied. Doch gleichzeitig zeichnet sich die SPD-Geschichte durch ein hohes Maß an Beständigkeit aus: institutionell als demokratisch verfasste politische Organisation, die seit dem Kaiserreich in nationalen bzw. regionalen Parlamenten vertreten ist und während der demokratischen Phasen des deutschen Nationalstaates fast durchgehend Regierungsverantwortung auf nationaler oder regionaler Ebene ausübt; programmatisch als eine Partei, deren Kernbestand an all-

¹⁰ ebd. Inhaltsverzeichnis.

¹¹ Vgl. z. B. Nachtwey 2009, Gabrow 2000, die Beiträge in Schelling/Inacker 1996.

gemeinen Zielen und Wertvorstellungen vom Kaiserreich bis in die Gegenwart der gleiche geblieben ist: Demokratisierung und Wohlfahrtsstaatlichkeit sowie Frauenemanzipation, Internationalismus und Friedenspolitik.

Diese Kontinuität ist insofern erklärungsbedürftig, als dass sie nicht nur parallel zu erheblichen programmatischen und organisatorischen Wandlungsprozessen in der Partei selbst verläuft, sondern auch, weil sie trotz der zum Teil dramatischen Umwälzungen während des 19. und 20. Jahrhunderts in Gesellschaft, Ökonomie und politischem System nicht abbricht. Eine solche organisatorische Beständigkeit ist keiner anderen der im 19. Jahrhundert entstandenen Parteienströmungen gelungen, weder den Konservativen noch den Liberalen, nicht einmal dem politischen Katholizismus.¹² Die SPD hat es hingegen geschafft – allen Rückschlägen, Niederlagen, Irrtümern und verfehlten Zielen zum Trotz – normative und institutionelle Kontinuität zu erhalten, indem sie ihre Organisation immer wieder an veränderte gesellschaftliche Umwelten anzupassen vermochte.

Kontinuität beruht auf Wandel und Wandel bedarf der Stabilisierung durch eine bestehende Ordnung. Andernfalls folgt auf Wandel nicht Anpassung, sondern Auflösung. Der Begriff, in dem Kontinuität und Wandel als ein Prozess gedacht werden kann, ist *Evolution*.¹³ Wie jede Organisation sind auch Parteien darauf angelegt, sich selbst zu erhalten, indem sie ihre Leitbilder und Organisationsstrukturen (Werte, Ziele, Regeln) von der Gegenwart in die Zukunft überführen, mithin „reproduzieren“. Sie konkurrieren dabei um ein knappes Gut, das sie zum Selbsterhalt benötigen und das sie – auch und vor allem – aus ihrer gesellschaftlichen Umwelt beziehen: Gesellschaftliche Legitimität in Form von (neuen) Mitgliedern, Wählerstimmen und Bündnispartnern. Weil sich mit ihrer gesellschaftlichen Umwelt auch die Bedingungen der Ressourcengewinnung fortlaufend verändern, sind Parteien auf programmatische, organisatorische oder strategische Innovationen angewiesen („Variation“), die sich im Wettbewerb um Legitimität bewähren müssen („Selektion“). Der vorteilhafte Effekt dieser Innovationen ist es nicht, dass sich eine Partei regelmäßig neu erfindet. Im Gegenteil: Die vorteilhafte Wirkung besteht darin, dass Innovationen dabei helfen, die althergebrachten Leitbilder und Strukturen auch

12 Zur Geschichte der deutschen Parteiströmungen und ihrer organisatorischen Brüche vgl. Hofmann 2000; die Beiträge in Dowe/Kocka/Winkler 1999 sowie Ritter 1973.

13 Vgl. grundlegend (und bahnbrechend) der Ansatz des „evolutionären Institutionalismus“, durch den Werner Patzelt und Mitarbeiter die Evolutionstheorie für politik- und sozialwissenschaftliche Fragestellungen handhabbar gemacht haben; Patzelt 2007, 2012.

unter neuen Umweltbedingungen zu erhalten bzw. zu stabilisieren. Das wiederum setzt voraus, dass die Neuerungen in die bestehenden programmatischen und institutionellen „Baupläne“ der Parteiorganisation integrierbar sind („Adaption“).

Die Evolution einer Organisation ist weder funktionalistisch noch deterministisch. Anpassungen können ausbleiben, pathologisch verlaufen und scheitern. Für unseren Gegenstand ist zudem relevant, dass erfolgreiche Anpassung, d. h. die nachhaltige Integration sich bewährender Neuerungen, weder allein noch zu allererst auf Selektion durch die Umwelt zurückgeführt werden kann. Institutionelle, programmatische oder strategische Innovationen sind zunächst nur Ideen, die sich in einer Parteiorganisation als soziales System erst durchsetzen müssen, bevor sie überhaupt die Chance haben, sich in der Organisationsumwelt bewähren zu können. Denn im Gegensatz zu biologischen Arten ist die Evolution einer Organisation nichts, was ihr einfach widerfährt. Kontinuität und Wandel als Prozess wird durch Akteure samt ihrer Interessen, Wert- und Kausalvorstellungen angetrieben; er vollzieht sich als kollektiver Lernprozess und/oder als interner Machtkampf. Mit anderen Worten: Die erste Selektionshürde für Wandel und Innovation einer Parteiorganisation sind die parteiinternen Entscheidungsstrukturen selbst. Mehr noch: die Überzeugungen, Ideen, Fähigkeiten und Machtressourcen der in diesen handelnden Akteuren.

Umberto Eco hat in seiner „Nachschrift zum Namen der Rose“ der romantischen Wendung über den Gedanken, der die Welt verändert, auf eindrückliche Weise Rationalität verliehen. Er wurde oft dafür kritisiert, so Eco, dass seine mittelalterlichen Figuren zu „moderne“ Ansichten vertreten würden. Ecos Pointe besteht darin, dass er das, was seine Leser als zu „modern“ erachteten, wortwörtlich aus Texten des 14. Jahrhunderts abgeschrieben hatte. Die Pointe für unseren Gegenstand findet sich im Absatz davor:

„Ich glaube, daß ein historischer Roman auch dies tun muss: nicht nur in der Vergangenheit die Ursachen dessen aufspüren, was in der Folge entstanden ist, sondern auch den Prozeßverlauf angeben, durch den jene Ursachen dann allmählich begannen, ihrer Wirkungen zu zeitigen. Wenn einer von meinen Mönchen durch den Vergleich zweier mittelalterlicher Ideen auf eine dritte modernere kommt, so tut er genau das, was die ‘Kultur’ in der Folge getan hat – und mag auch damals nie jemand geschrieben haben, was er da sagt, so ist doch sicher, daß es jemand, wie konfus auch immer, zu denken begonnen haben musste (...).“¹⁴

14 Eco 2003: 88 f. – Hervorhebungen im Original.

Allerdings sind Menschen (auch als politische Akteure) in ihrem Denken über die Realität und eine mögliche Zukunft nicht von den konkreten Bedingungen ihrer Ausgangs- und Handlungssituation befreit. Das einzige Wissen, das ihnen zur Verfügung steht, entspringt aus ihrer Erfahrung, die sie als Ableitung, Verallgemeinerung und vor allem Abduktion für Innovationen nutzbar machen können.¹⁵ Und „Nutzen kann nur erwartet werden, wenn die Veränderung in der Lage ist ‘das vorher Gegebene in sich aufzunehmen’ und in etwas Neues, Besseres zu überführen.“¹⁶ Wandel und Innovationen müssen sich also durch Erfahrung bewähren, was in der Regel dann der Fall ist, wenn durch ihre „Anschlussfähigkeit an das Gegebene“ (neue) Ordnung und Stabilität erreicht werden kann. „Damit werden etwa gegebene Ordnungen immer wieder bestätigt, hergestellt oder ggf. in einem zweifachen Sinne – substantiell oder/und zeitlich gesehen – weiter entwickelt.“¹⁷ Ob das aber der Fall sein wird, kann der Akteur im Moment seines Handelns nicht wissen.

„Erst im Prozess des Verwirklichens zeigt sich die Anschlussfähigkeit des Neuen und damit der realisierbare Nutzen von Innovationen – mit anderen Worten erst dann zeigt sich, welche Teile antizipierter Zukünfte verwirklicht und als Tatsache schließlich ‘wahr’ werden.“¹⁸

Und doch stellt die Parteienforschung viel zu selten die Fragen nach dem *Wie* von Anpassungsprozessen in den Mittelpunkt und viel zu oft die Frage nach dem *Warum*. Den kleinen, aber bedeutenden Unterschied zwischen *Wie*- und *Warum*-Fragen erläutert Christopher Clark in seiner Untersuchung zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges:

„Die Fragen nach dem *Warum* und *Wie* sind logisch untrennbar miteinander verbunden, aber sie führen in verschiedene Richtungen. Die Frage nach dem *Wie* fordert uns auf, die Abfolge von Interaktionen näher zu untersuchen, die bestimmte Ergebnisse bewirkten. Hingegen lädt uns die Frage nach dem *Warum* ein, nach fernen und nach Kategorien geordneten Ursachen zu suchen: Imperialismus, Nationalismus, Rüstung, Bündnisse, Hochfinanz, Vorstellungen der nationalen Ehre, Mechanismen der Mobilisierung.“¹⁹

Für die Parteienforschung wären derartige Kategorien und „ferne“ Ursachen der sozioökonomische Wandel, die Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Milieus, die Mediatisierung der politischen Meinungsbildung oder

15 ebd. 178-187.

16 Wenzel 1990: 56.

17 Schubert 2003: 35.

18 ebd. 34.

19 Clark 2013: 17.

die Volatilität des Wählerverhaltens. „Der Warum-Ansatz“, so Clark weiter, „bringt zwar eine gewisse analytische Klarheit, aber er hat auch einen verzerrenden Effekt, weil er die Illusion eines ständig wachsenden Kausaldrucks erzeugt. Die Faktoren türmen sich auf und drücken auf die Ereignisse; politische Akteure werden zu reinen ausführenden Organen der Kräfte, die sich längst etabliert haben und ihrer Kontrolle entziehen.“

1.3 Die ewige Krise als erfolgreiche Anpassung?

Clarks Argument lässt sich auf die sozialdemokratische Organisationsgeschichte übertragen: Warum-Fragen verleiten dazu, die gegenwärtige Rezessionsphase der SPD als Fluchtpunkt kausaler Effekte zu begreifen: Es kam, wie es kommen musste. Doch dabei wird allzu schnell übersehen, dass auch die jüngere Geschichte der Partei in Konjunkturzyklen verlaufen ist und es in den vergangenen Jahrzehnten, ja selbst seit der deutschen Einheit durchaus Prosperitätsphasen in Form von Wahlsiegen oder Policy-Erfolgen gegeben hat. Sie sind genauso zu berücksichtigen wie Niederlagen und Enttäuschungen. Die Reichweite und tatsächliche Erklärungskraft „ferner“ Umwelteinflüsse für die vergangene oder gegenwärtige Verfassung der SPD lässt sich nur dann abschätzen, wenn wir auch wissen, wie die maßgeblichen Akteure der Partei diese wahrgenommen haben und welches Handeln darauf folgte.

Eine solche Evolutionsgeschichte der SPD harrt ihrer Befreiung aus dem Nirwana der Forschungsdesiderate. Und das wird auch am Ende dieses Kapitels noch der Fall sein. Aber es wird die „Geschichtlichkeit“ der Partei und ihre organisatorischen und programmatischen Leitbilder aufzeigen, indem es beispielhaft auf Merkmale vergangener Entwicklungsstadien der SPD verweist, die noch immer wirkungsmächtig sind. Die SPD ist deshalb über 150 Jahre alt geworden, weil sie es immer wieder aufs Neue geschafft hat, ihre gesellschaftliche Organisationslegitimität zu erneuern: durch die Aktualisierung und Moderation gesellschaftlicher Konflikte sowie programmatische und organisatorische Innovationen, die an die bestehenden Leitbilder anschlussfähig sind und ihnen neue Stabilität verleihen. Krisen und Rezessionen treten immer dann auf, wenn Innovationen entweder ausbleiben oder zu radikal ausfallen und eben nicht anschlussfähig sind. Ersteres ist in den 1920er und frühen 1950er Jahren der Fall, letzteres in den „Agenda-2010-Jahren“ nach 2003. Dabei fällt auf, dass fast alle Probleme und Phänomene, die der Forschung und Publizistik heute als Belege für den Niedergang der Sozialdemokratie gelten, die Partei seit

ihren Gründungstagen herausfordern. Als da wären: Defizite bei der Wählermobilisierung, Probleme bei der Politikformulierung und -umsetzung in Regierungsverantwortung, nicht zuletzt Legitimations- und Effektivitätsmängel in der innerparteilichen Entscheidungsfindung. Viel spricht also dafür, dass es sich nicht um Probleme handelt, die auf eine endgültige Lösung warten, sondern die stets aufs Neue bearbeitet und einer allenfalls temporären, einer „Übergangslösung“ zugeführt werden können.

Jedenfalls ist für die Sozialdemokratie der Zielkonflikt zwischen Führung und organisatorischer Schlagfertigkeit auf der einen sowie Interessenausgleich und demokratischer Partizipation auf der anderen Seite ein geradezu konstitutives Problem. Flügelkämpfe und Klagen über mangelnde Geschlossenheit durchziehen die Parteigeschichte genauso wie Beschwerden über die mangelnde Attraktivität der Parteiorganisation und die Kritik an innerparteilichen Demokratiedefiziten. Dass die Mitgliederbasis der Partei überaltert sei, es zu wenig Frauen in Führungspositionen gebe und die SPD zu einer Partei des öffentlichen Dienstes zu werden drohe sowie in die Hände von „Berufspolitikern“ gefallen sei, wird schon in der Weimarer Republik, ja sogar schon im Kaiserreich kritisiert.²⁰ Der Parteifunktionär Wilhelm Sollmann bemängelte Ende 1932, dass der „Funktionärskörper“ „wertvolle Kräfte“ innerhalb und außerhalb der Partei gar nicht mehr kennenlerne, „oder weil sie sich missverstanden und in ihren Fähigkeiten nicht gewürdigt fühlten“ abgestoßen würden.²¹ Sieht man vom Sprachstil ab, so hätte diese Kritik auch aus dem Dezember 2017 stammen können. Aus dem Kaiserreich stammt Robert Michels „Ehernes Gesetz der Oligarchie“, das er anhand der Entscheidungsprozesse in der SPD entwickelt und das letztlich auf ein strukturell unvermeidbares Demokratiedefizit hinausläuft: „Dem Führungsbedürfnis der Menge und ihrer Indifferenz steht der natürliche Machthunger der Führer gegenüber.“ Und so sei mit „zunehmender Organisation“ die „Demokratie im Schwinden begriffen.“²²

Bis heute versucht die SPD die immer wiederkehrende Kritik an innerparteilichen Demokratiedefiziten über Parteireformen zu entschärfen und gleichzeitig die Kampagnenfähigkeit und organisatorische Schlagkraft mit zentralisierenden Reformelementen zu erhöhen. Dass es sich hier um einen Zielkonflikt handelt, der eine niemals endende Bearbeitung verlangt, lässt sich schon vom Zeitpunkt der allerersten Diskussion über die

20 Lösche/Walter 1992: 14-17; Schröder 1999.

21 zit. n. Lösche/Walter 1992: 68.

22 Michels 1925: 243, 264.

Parteistrukturen ablesen. Am Gründungstag (!) des ADAV wird sein frisch gewählter Präsident mit Vorwürfen über innerorganisatorische Defizite konfrontiert. Doch Lassalle lässt keine Zweifel an seinen Prioritäten aufkommen: „Wer auch Präsident sei, die Präsidialgewalt muss so diktatorisch als möglich organisiert sein. Sonst ist nichts vorwärtszubringen. Die individuelle Vielschwätzeri wollen wir den Bourgeois überlassen. Wenn der Arbeiter (...) noch nicht soweit ist, das einzusehen und zu begreifen, dass seine Angelegenheiten nur durch eine energische Diktatur vorwärtsgebracht werden können, dann ist's noch zu früh.“²³

Andere als Krisensymptome gehandelte Phänomene, wie etwa die „Verbürgerlichung“ der Partei oder die „Professionalisierung“ ihrer aktiven Mitglieder, werden auch schon seit mehr als 100 Jahren beklagt. Wenn dem aber so ist, dann blicken wir vielleicht gar nicht auf „Krisensymptome“, sondern auf Gründe für die Überlebensfähigkeit der SPD. Bereits zum Ende des 19. Jahrhunderts stagniert der Anteil der Arbeiter an der Erwerbsbevölkerung und steigt die Zahl der Angestellten. Dass sich das auch in der Wähler- und Mitgliedschaft der SPD niederschlägt, ist also für sich genommen ein Indiz für Anpassungsfähigkeit. Und zu Beginn des 21. Jahrhunderts, wenn weniger als 20 Prozent der Arbeitnehmer den Industriearbeitern zugerechnet werden können, ist die „Vermittelschichtung einer Arbeiterpartei“²⁴ unausweichlich, zumal die Facharbeiter im produzierenden Gewerbe längst selbst Teil der Mittelschichten sind. Bedrohlich wird es immer dann, wenn Arbeitnehmer, die Mittelschicht sind, es bleiben wollen bzw. dahin aufzusteigen streben, in Sozialdemokraten keine politischen Anwälte erkennen können. Das führt zu den Politikangeboten der SPD.

Programmatische und normative Leitideen spiegeln grundlegende Wertvorstellungen und ihre Deutung wider: z. B. „Demokratischer Sozialismus“ als soziale Gerechtigkeit, Demokratisierung und Friedenspolitik. Sie beinhalten zudem Kausalvorstellungen über die Funktionsweisen von Ökonomie und Gesellschaft, deren Pathologien entlang der eigenen Wertvorstellungen zu bekämpfen respektive deren Errungenschaften zu erhalten sind. Wert- und Kausalvorstellungen müssen in Policies ihre praktizierten Formen finden, etwa als Acht-Stunden-Tag und Mindestlohn, als allgemeines Wahlrecht und betriebliche Mitbestimmung oder als Abrüstung. Die Herausforderung besteht nun darin, die normativen Leitideen in

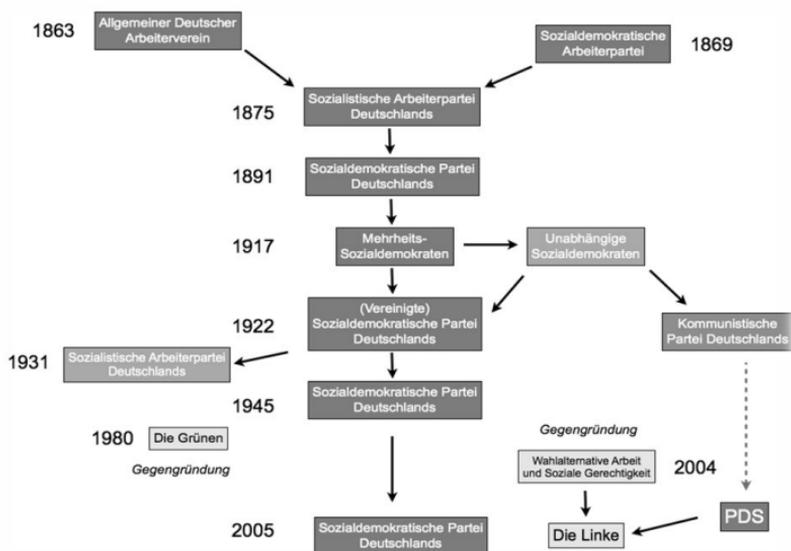
23 zit. n. Friederici 1985: 155.

24 Micus/Walter 2016: 72.

Policies zu übersetzen, die zunächst die Selektionshürden interner Entscheidungsprozesse überstehen, und die sich dann in der sozio-ökonomischen Umwelt der Partei bewähren. Ist Letzteres schließlich der Fall, kann von erfolgreicher Anpassung gesprochen werden. Im Falle eines (wiederholten) Scheiterns können sogar die Leitideen selbst zur Disposition stehen. Auch wenn die jüngere Forschung in Parteien immer stärker normativ entkernte Wählerparteien zu erkennen glaubt, so wird hier doch davon ausgegangen, dass normativen Leitideen und Programmen nach wie vor der Stellenwert einer überaus wichtigen Quelle für die Organisationslegitimation der SPD zukommt. Der Glaube, die „richtigen“ Werte und Policyziele zu vertreten, fördert die Akzeptanz der internen Entscheidungsprozesse, mithin den Zusammenhalt der Parteiorganisation.

Die programmatisch-ideologische Fragmentierung z. B. prägt die Organisationswirklichkeit der SPD seit der Vereinigung von ADAV und SDAP 1875 in Gotha und hat alle Entwicklungsstadien der Partei bis heute genauso überdauert wie die latente Gefahr von Abspaltungen und Gegenründungen (Abb. 1). Die ideologischen Gegenstände des immer wieder aufkommenden Richtungsstreits unterschieden sich dabei gewiss in ihrer politischen Reichweite und historischen Dimension. Aber sei es der Streit zwischen „Lasselanern“ und „Eisenachern“, „Revisionisten“ und „Marxisten“, „Neuen Linken“ und „Godesbergern“ oder „Traditionalisten“ und „Modernisierern“, im Kern ging es stets um die Frage, wie viel und welchen Teil der vorgefundenen gesellschaftlichen Realität die Partei akzeptieren muss, um die verbliebenen Teile entlang ihrer Grundwerte verändern zu können. Das ist eine Frage, die jede linke Partei mit Anspruch auf Gesellschaftsveränderung immer wieder neu beantworten muss und die auch zu entsprechenden Konflikten und Flügelbildungen bei Grünen („Fundis“ und „Realos“) und bei der Linken geführt hat.

Abbildung 1: Abspaltungen und Gegengründungen zur SPD



Quelle: eigene Darstellung

Dabei ist im Übrigen auffällig, dass dieser Grundkonflikt immer dann zu Gegengründen und Abspaltungen führt, wenn die Sozialdemokratie zuvor Regierungsverantwortung übernommen hatte.²⁵ Offensichtlich stellt die Politikformulierung als Regierungspartei die Organisationslegitimation einer „linken Reformpartei“ regelmäßig auf harte Proben.

Bis in die Weimarer Republik hinein war in der SPD umstritten, ob sie überhaupt Regierungsverantwortung anstreben, d. h. zu einer staatstragenden Partei werden sollte, oder nicht doch (wieder) auf eine Revolution zu warten hätte. Der von Eduard Bernstein um 1900 ausgelöste „Revisionismusstreit“ (Reform oder Revolution?) ist die erste große Auseinandersetzung um die strategische Leitidee der SPD. Nachdem sich die reformistische Leitidee schließlich durchgesetzt hat und damit ein strategischer Pfad (mit entsprechender Pfadabhängigkeit) beschriftet ist, entzünden sich immer wieder neue Kontroversen über strategische Leitbilder: Soll

²⁵ Die wiederholte Zustimmung der SPD zu Kriegskrediten seit 1914 war in einem weiten Sinne die erste Übernahme von Verantwortung für die Regierungspolitik und führte schließlich zur Abspaltung der USPD.

die SPD Klassen- oder Volkspartei sein (1950er Jahre)? Will sie den Kapitalismus „überwinden“ oder reformieren (1970er Jahre)? Und schließlich: Muss die SPD angesichts der Globalisierung des sozio-ökonomischen Wandels einen „Dritten Weg“ zwischen Wohlfahrtsstaat und Marktliberalismus beschreiten (1990er und 2000er Jahre)?

Mit all diesen Fragen sind stets Bemühungen um eine Ausweitung bzw. den Erhalt der Wählerbasis verbunden. Die damit einhergehenden Herausforderungen und Probleme sind von auffälliger Beständigkeit. So kann Peter Steinbach zeigen, „dass die Sozialdemokratie des Kaiserreichs bereits vor 1914 jene Grenzen erreichte, die auch nach 1918 und vielleicht sogar bis heute den Rahmen ihrer politischen Expansion auf dem demokratischen Massenmarkt bestimmten (...).“²⁶ Jenseits protestantischer Arbeiter hat die SPD schon immer Probleme, katholische (Arbeiter-)Milieus und die Landbevölkerung für sich zu gewinnen oder gar Mehrheitspartei unter Angestellten und den (neuen) Mittelschichten zu werden (von den besonderen Problemgruppen Frauen und Jungwählern ganz zu schweigen). Das gilt für das Kaiserreich und die Weimarer Republik genauso wie für die Bundesrepublik – und zwar bis heute. Die SPD reagiert mit neuen Politikangeboten, Kommunikationsformen und -stilen, um die „Mitte“ zu erreichen, - sei es als „Neue Mitte“ (Nr. 1) unter Willy Brandt, als „Neuer Weg“ unter Oskar Lafontaine, als „Neue Mitte“ (Nr. 2) unter Gerhard Schröder und schließlich als „linke“ oder „solidarische Mitte“ unter Siegmund Gabriel und Martin Schulz. Diese Versuche, für die strategische Leitidee einer „linken Volkspartei“ neue praktizierte Formen zu finden, werden durchaus auch mit Wahlerfolgen belohnt. Allerdings sind diese Erfolge stets prekär und müssen immer aus Neuem erkämpft werden. Die Herausforderung besteht auch darin, dass das Wählerpotential der SPD immer in „Gefahr“ ist, von links, durch Abspaltungen und Gegengründungen angezapft zu werden: in der Weimarer Republik durch die Kommunisten, seit den 1980er Jahren durch die Grünen und spätestens seit 2005 durch die Postkommunisten von PDS und Links-Partei.

Auch Koalitionsoptionen sind – im Gegensatz zu den Grundannahmen orthodoxer Rational-Choice-Modelle – nicht nur eine Frage der Arithmetik. Gegebene Mehrheiten können vielleicht für eine Regierungsbildung genutzt werden, aber wenn der Bündnispartner die eigenen Mitglieder und wichtige Wählergruppen verschreckt, sind zukünftige Wahlsiege bedroht.

26 Steinbach 1990: 2.

Vor allem aber berühren Bündnisse die „emotionalen Tiefenschichten“²⁷ einer Partei, weil sie immer auch Leitideen symbolisieren und sich nicht immer nahtlos in historisch gewachsene Leitideen und deren Symbolisierungen einfügen lassen. Eine Koalition mit bürgerlichen, postkommunistischen oder grünen Parteien, die eigentlich Gegner sind und einst mal Feinde und Unterdrücker waren, die sich explizit gegen die Sozialdemokratie gründeten und damit ihre Organisationslegitimation in Frage stellten und ihren Zusammenhalt gefährdeten, hat immer auch Konsequenzen für das politisch-kulturelle Selbstverständnis der Partei und ihrer Leitideen. Aus diesem Grund sind Wählerorientierungen und Koalitionsoptionen stets Gegenstand innerparteilicher Diskussionen und Auseinandersetzungen. Wählerorientierungen und Bündnisse können erst dann zu strategischen Kalkülen werden, wenn sie zuvor über Lernprozesse und Machtkämpfe von geschichtlichen Lasten befreit wurden, mithin interne Selektionshürden überstehen, indem sie als Neuinterpretation in bestehende Leitideen eingefügt werden.

27 Patzelt 2012b: 31.